Die in der Anhörung darüber hinaus geäußerte Kritik beruht meines Erachtens auf einem Missverständnis bezüglich der Regelung und auch der Rechtsprechung; denn der von den Kritikern zitierten Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts lag ein gänzlich anderer und auf die vorliegende Fallgestaltung nicht übertragbarer Sachverhalt zugrunde. Eine der angegriffenen Vertragsklausel vergleichbare Bestimmung war nicht Gegenstand dieser Entscheidung.

Es ist viel über den finanziellen Rahmen, der sich ja auch im Entschließungsantrag der PDS-Fraktion wiederfindet, gesprochen worden. Man kann durchaus kritisieren, dass es nur 200 000 Euro sind, die noch nicht einmal gänzlich dem jüdischen Leben in Brandenburg zugute kommen, aber wir müssen auch sehen, dass die Jüdische Gemeinde ein hausgemachtes Problem hat. Die Schulden sind in der Jüdischen Gemeinde entstanden und müssen von ihr reguliert werden. Es ist sehr zu begrüßen, dass es eine Teilerlass- und eine Stundungsvereinbarung gibt, die gewährleistet, dass die Schulden abgebaut werden. Den Entschließungsantrag werden wir dennoch ablehnen, zum einen weil man der Jüdischen Gemeinde mit der vollständigen Entschuldung durch das Land Brandenburg einen Teil ihrer Selbstständigkeit entziehen würde - hausgemachte Probleme müssen dort beseitigt werden, wo sie entstanden sind -, und zum anderen, weil es schwierig ist, mit den Gesetzestreuern Juden zu verhandeln, denn sie sind bislang keine Körperschaft des öffentlichen Rechts, sondern ein eingetragener Verein.

Wenn wir uns einmal die Organisationsstruktur der jüdischen Gemeinden in Deutschland anschauen und sie mit der in anderen Ländern vergleichen, zeigt sich bei uns ein Spezifikum. In Amerika hat jede Synagoge ihre eigene Gemeinde. In Deutschland hat sich 1945 die Einheitsgemeinde gebildet - das kann man in einem Aufsatz von Herrn Dr. Simon, dem Leiter des Zentrum Judaicum, in dem Buch „Aufbau nach dem Untergang - in memoriam Heinz Galinsky“ nachlesen. Damals hat man, weil das jüdische Leben ausgelöscht war und keine Strukturen vorhanden waren, Gemeinden zusammengefasst.

Man kann heute nicht fordern, jeder religiösen Strömung eine eigene Rechtsform zu geben und sie auch speziell zu fördern. Auch im Christentum wurden Strömungen zusammengefasst.

Die Klage Adass Jisroels in Berlin hat dazu geführt, dass der Gemeinde die Eigenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts erteilt wurde und sie nun Unterstützung erhält. Sollte eine ähnliche Situation auch in Brandenburg eintreten, könnte man noch einmal über die Aufnahme von Verhandlungen mit den Gesetzestreuern Juden diskutieren. Derzeit gibt es dafür keine Basis, sodass die Forderungen des Entschließungsantrags von uns nicht mitgetragen werden können. Dem Staatsvertrag stimmen wir jedoch zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Das Wort geht an die Landesregierung. Bitte, Frau Ministerin.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur
Prof. Dr. Wanka:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wurde schon

mehrfach erwähnt, dass sich der Landtag, der Haushaltsausschuss und auch der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur seit der Einbringung sehr intensiv mit dem Gesetz befasst haben und das Thema sehr ernst genommen wurde. Dafür möchte ich mich im Namen der Landesregierung bedanken.

Es gab intensive Diskussionen darüber, wie man die Revitalisierung des jüdischen Lebens am besten erreichen kann. Ich will aufgrund der Kürze der Zeit auf zwei Problempunkte, die auch den Entschließungsantrag tangieren, eingehen. Der eine Punkt ist die finanzielle Ausstattung, der zweite Punkt ist die Tatsache, dass wir es mit konkurrierenden Gemeinden zu tun haben. Den Vertrag schließen wir jedoch mit dem jüdischen Landesverband - also nur mit einer Gemeinde.

Wir kennen unsere Haushaltssituation. Durch den Staatsvertrag wird die Zuwendung, also die Landesleistung für den jüdischen Landesverband, erhöht. Nur durch diesen Staatsvertrag erhält der Landesverband die Möglichkeit, seine Schulden abzutragen, sich zu sanieren und damit seine Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen.

Ich darf an dieser Stelle auf jenen Punkt des Entschließungsantrags der PDS-Fraktion eingehen, in dem vorgeschlagen wird, die Schulden durch staatliche Zuwendungen zu begleichen und eine Extrazugewendung für die Förderung des religiösen Lebens zu geben. Ich erinnere an die Landeshaushaltsordnung. In § 23 der Verwaltungsvorschriften, Herr Vietze, ist von Schuldenhilfen die Rede; das ist uns bekannt. Gemeint ist, dass in Fällen, in denen ein besonderes Landesinteresse vorliegt, von der Institution ein Kredit aufgenommen werden kann und dann die Möglichkeit besteht, bei der Abtragung dieses Kredits Zuwendungen des Landes heranzuziehen. Das praktizieren wir zum Beispiel bei den Studentenwerken. Sie nehmen einen Kredit für Wohnheimbau auf, weil wir dies nicht vollständig mit Landesmitteln finanzieren können, und dann ist ein Schuldendienst möglich.

Die Schulden des jüdischen Landesverbandes fallen definitiv nicht unter diese Regelung. Jene Maßnahmen, die durch die Zuwendungen - wenn auch mit zeitlicher Verzögerung - bezahlt würden, wären im Prinzip nie förderfähig gewesen. Sie werden mir nachsehen, dass ich das nicht mit Beispielen belege, denn es bringt uns an dieser Stelle nicht weiter. Nach der Landeshaushaltsordnung ist diese Art der Unterstützung ausgeschlossen. Bitte glauben Sie mir, dass eine lange Diskussion innerhalb des Landesrechnungshofs, des Finanzministeriums und meines Ministeriums geführt worden ist, bevor uns klar war, dass der einzige Weg, den jüdischen Landesverband in die Lage zu versetzen, Schulden abzutragen, über den Staatsvertrag führt.

Natürlich können die in Höhe von 200 000 Euro zugewendeten Mittel nicht zu 100 % für das religiöse Leben verwendet werden, sondern ein Teil muss zur Schuldentilgung eingesetzt werden. Es handelt sich um Schulden, die nicht unverschuldet entstanden sind; das muss man ganz deutlich sagen. Es ist wichtig, solche Fehler zu vermeiden, und der Landesverband muss überlegen - das hat er getan -, wie er mit den Schulden umgeht, wenn er 200 000 Euro erhält. Das vorliegende Entschuldungskonzept beruht auf einer freiwilligen Entscheidung des Landesverbandes, die wir geprüft haben. Zahlt man in jedem Jahr 30 000 Euro für den Schuldendienst und nimmt den Rest für das jüdische Leben - dann dauert es länger - oder versucht man, stärker zu entschulden? Der Landesverband hat sich diesbezüglich ein sehr ehrgeiziges Ziel gesetzt.

Wenn über die Höhe von 200 000 Euro diskutiert und reflektiert wird, muss man auch sagen, dass drei Ministerien des Landes bereits knapp 300 000 Euro an Schulden erlassen haben und dass aufgrund von Teilerlassen der verschiedenen Finanzämter des Landes noch eine beträchtliche Summe hinzukommt, die ich nicht genau beziffern kann. Diese Summe von 300 000 Euro steht nirgendwo, ist aber eine Leistung des Landes, um den Jüdischen Landesverband zu sanieren. Das zu sagen ist vielleicht zur Illustration der finanziellen Lage notwendig.

Zu der Situation bezüglich der zwei Gemeinden. Frau Richstein hat es dankenswerterweise schon erwähnt: Nach dem Zweiten Weltkrieg hat man - das war keine staatliche Entscheidung - von jüdischer Seite die Entscheidung getroffen, jüdisches Leben in Deutschland in einer Einheitsgemeinde zu organisieren. Man wollte bewusst die konkurrierenden Formen jüdischen Leben, die es in der Weimarer Republik gegeben hat, nicht wieder haben. Das war eine freie Entscheidung. Unter dem Dach des Zentralrats der Juden in Deutschland sind die Juden Deutschlands - bis auf wenige Gruppierungen - im Wesentlichen organisiert. Man kann sagen, dass sich unter dem Dach des Zentralrats der Juden sehr unterschiedliche religiöse Strömungen finden, reformistische, liberale, orthodoxe, also ein großer Kanon. Das ist nicht eingeschränkt.

Es gibt einige wenige, kann man sagen - von der Bedeutung und auch von der zahlenmäßigen Veranschlagung her -, die nicht dazugehören wollen. Im Land Brandenburg gibt es mit den Gesetzestreuern Juden eine solche Gruppe. Diese kleine Gruppe, die sich bewusst außerhalb des Zentralrats bzw. der Einheitsgemeinde stellt, fordert ziemlich lautstark ihre Gleichbehandlung ein. Diese wird auch gewährleistet. In der gängigen Rechtsprechung ist klar: Gleichbehandlung heißt, dass nicht einfach gesagt wird: Es sind zwei Partner, jedem steht das gleiche Recht zu. - Gleichbehandlung bedeutet vielmehr, dass man differenziert, dass Differenzierung nach Größe und anderen Kriterien geboten ist.

Deswegen leitet sich aus der Tatsache, dass wir einen Staatsvertrag mit dem Jüdischem Landesverband schließen, keinesfalls die Notwendigkeit ab, das auch mit den Gesetzestreuern zu tun. Dies hat auch nichts mit der Körperschaft zu tun. Das Land Brandenburg hat einen Vertrag mit der evangelischen Kirche und einen mit der katholischen Kirche. Die gesamten Freikirchen sind nicht bedacht. Es gibt acht Religionsgemeinschaften in Brandenburg - Mormonen und andere -, die alle Körperschaften des öffentlichen Rechts sind. Keine von ihnen hat einen Vertrag. Das heißt, diese Frage beeinflusst die Entscheidung nicht.

Allerdings machen wir beim Jüdischen Landesverband, beim jüdischen Leben, eine Ausnahme, indem im Vertrag geregelt ist, dass der Jüdische Landesverband allen Juden in Brandenburg Mittel zuwenden muss, das heißt, auch den Gesetzestreuern. In Ihrem Entschließungsantrag ist davon die Rede, wie unterschiedlich die religiösen Strömungen im Judentum sein können. Das ist völlig klar. Aber die gegenseitige Anerkennung - wer erfüllt die Religionspflichten, wer zählt dazu, welche Gruppe kann als Gemeinde gezählt werden? -, meine Damen und Herren, ist wirklich keine Entscheidung, die ein deutscher Ministerialbeamter zu treffen hat. Das ist vielmehr eine innerjüdische Entscheidung und ich bin dem Landesverband dankbar, der es übernommen hat, diese Fragen innerjüdisch auszu-

tragen. Die Klärung der Frage „Zugehörigkeit zum Judentum oder nicht?“ ist in den innerjüdischen Dialog zu verweisen. Das ist mit dem vorliegenden Vertrag geschehen. Es ist ein Anspruch Dritter realisiert. Das heißt, dieser Anspruch kann von denen eingeklagt werden, die zum jüdischen Leben gehören. Es ist also eine verbindliche Pflicht in diesem Vertrag enthalten. Das heißt, mit diesem Vertrag hat die Gesetzestreue Gemeinde jetzt eine Situation, die sie noch nie hatte: Es steht ihr Geld zu, falls sie nicht Dinge verletzt, wodurch diese Anspruchsberechtigung zum Erlöschen kommt.

Ich glaube, es bestand die Illusion, dass wir als staatliche Seite alle Konflikte lösen könnten, die innerhalb des Judentums in Brandenburg vorhanden sind. Dem ist nicht so. Wir haben uns um eine Lösung bemüht, die den unterschiedlichen Interessen entgegenkommt und die - da habe ich gar keine Sorge - verfassungsrechtlich trägt. Herr Prof. Shvarts, der Vorstandsvorsitzende der Jüdischen Gemeinde des Landes Brandenburg, hat in der Anhörung den Wunsch geäußert, den Vertrag anzunehmen und in Kraft zu setzen. Ich bitte Sie, diesem Vorschlag von Prof. Shvarts zu folgen. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Ich schließe die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Erstens stimmen wir über die Beschlussempfehlung des Hauptausschusses, Drucksache 4/967, zu dem Vertrag zwischen Brandenburg und der Jüdischen Gemeinde ab. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen und das Gesetz in 2. Lesung verabschiedet.

Zweitens lasse ich über den Entschließungsantrag der PDS-Fraktion, Drucksache 4/1010, zur Beschlussempfehlung des Hauptausschusses abstimmen. Wer dem Entschließungsantrag der PDS-Fraktion folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 5 und wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 6:**

Zweites Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/671

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Arbeit, Soziales,
Gesundheit und Familie

Drucksache 4/947

Die Aussprache wird mit einem Beitrag der PDS-Fraktion er-